



Stadtratssitzung
Donnerstag, 16. Januar 2014, 17.00 bis 18.35 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Protokollgenehmigungen (Protokoll Nr. 20 vom 31.10.2013 und Nr. 21 vom 14.11.2013)	2013.SR.000007
2. Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2014	2013.SR.000001
3. Aufsichtskommission (AK): Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2014	2013.SR.000436
4. Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU): Ersatzwahl eines Mitglieds, Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2014	2013.SR.000437
5. Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl eines Mitglieds, Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2014	2013.SR.000438
6. Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl eines Mitglieds, Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2014	2013.SR.000439
7. Agglomerationskommission (AKO): Ersatzwahl eines Mitglieds, Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2014	2013.SR.000440
8. Sozialhilfekommission: Amtsperiode 2013–2016; Ersatzwahl	2013.GR.000070
9. Geschäftsreglement des Stadtrats: Änderungsantrag gemäss Art. 82; Zuweisung zur Vorberatung (Büro)	2007.SR.000024
10. Dringliches Postulat Fraktion SP (Katharina Altas, SP): Nothilfe für Syrien (FPI: Schmidt)	2013.SR.000294
11. Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): Rückerstattung zu viel bezahlter Kehrichtgrundgebühren – Wo bleibt das Geld? (TVS: Wyss)	2013.SR.000413
12. Aare Schönau: Neuer Aareeinstieg; Baukredit (PVS: Imthurn / TVS: Wyss)	2013.GR.000301

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 1	1
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.40 Uhr	3
1 Protokollgenehmigungen (Protokoll Nr. 20 vom 31.10.2013 und Nr. 21 vom 14.11.2013)	4
2 Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2014; Wahl des Präsidiums	4
2 Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2014	6
3 Aufsichtskommission (AK): Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2014	6
4 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU): Ersatzwahl eines Mitglieds, Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2014	7
5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl eines Mitglieds, Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2014	7
6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl eines Mitglieds, Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2014	7
7 Agglomerationskommission (AKO): Ersatzwahl eines Mitglieds, Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2014	7
8 Sozialhilfekommission: Amtsperiode 2013–2016; Ersatzwahl	8
9 Geschäftsreglement des Stadtrats: Änderungsantrag gemäss Art. 82; Zuweisung zur Vorberatung	8
10 Dringliches Postulat Fraktion SP (Katharina Altas, SP): Nothilfe für Syrien	9
11 Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): Rückerstattung zu viel bezahlter Kehrichtgrundgebühren – Wo bleibt das Geld?	9
12 Aare Schönau: Neuer Aareeinstieg; Baukredit	10
Eingänge	20

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.40 Uhr

Vorsitzend

Präsident 2013 Rudolf Friedli
Präsidentin 2014 Tania Espinoza Haller

Anwesend

Katharina Altas	Karin Hess-Meyer	Stéphanie Penher
Peter Ammann	Kurt Hirsbrunner	Halua Pinto de Magalhães
Cristina Anliker-Mansour	Mario Imhof	Judith Renner-Bach
Rania Bahnan Büechi	Daniel Imthurn	Pascal Rub
Mess Barry	Ueli Jaisli	Kurt Rüeggsegger
Sabine Baumgartner	Roland Jakob	Sandra Ryser
Lea Bill	Bettina Jans-Troxler	Leena Schmitter
Manfred Blaser	Stefan Jordi	Martin Schneider
Yasemin Cevik	Dannie Jost	Hasim Sönmez
Rithy Chheng	Nadja Kehrl-Feldmann	Lena Sorg
Nathalie D'Addezio	Daniel Klauser	David Stampfli
Dolores Dana	Philip Kohli	Michael Steiner
Michael Daphinoff	Fuat Köçer	Matthias Stürmer
Bernhard Eicher	Michael Köpfli	Bettina Stüssi
Alexander Feuz	Martin Krebs	Michael Sutter
Benno Frauchiger	Marieke Kruit	Luzius Theiler
Jacqueline Gafner Wasem	Lea Kusano	Lilian Tobler
Simon Glauser	Annette Lehmann	Regula Tschanz
Thomas Göttin	Daniela Lutz-Beck	Gisela Vollmer
Hans Ulrich Gränicher	Martin Mäder	Nicola von Greyerz
Claude Grosjean	Lukas Meier	Janine Wicki
Franziska Grossenbacher	Melanie Mettler	Manuel C. Widmer
Lukas Gutzwiller	Christine Michel	Patrick Wyss
Isabelle Heer	Patrizia Mordini	Rolf Zbinden
Erich Hess	Esther Oester	Christoph Zimmerli

Entschuldigt

Christa Ammann	Claudio Fischer	Peter Marbet
----------------	-----------------	--------------

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD	Franziska Teuscher BSS	Ursula Wyss TVS
Alexandre Schmidt FPI		

Entschuldigt

Reto Nause SUE

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär	Nik Schnyder, Ratsweibel
Markus Schütz, Protokoll	Susy Wachter, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann, Stadtschreiber
Christa Hostettler, Vizestadtschreiberin

Die Namenslisten der Abstimmungen finden sich im [Anhang](#).

2013.SR.000007

1 Protokollgenehmigungen (Protokoll Nr. 20 vom 31.10.2013 und Nr. 21 vom 14.11.2013)

1. Der Stadtrat genehmigt Protokoll Nr. 20 vom 31.10.2013.
2. Der Stadtrat genehmigt Protokoll Nr. 21 vom 14.11.2013.

2013.SR.000001

2 Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2014; Wahl des Präsidiums

Der Vorsitzende *Rudolf Friedli*: Tania Espinoza Haller ist als einzige Kandidatin nominiert. Wir gehen gleich zur Wahl über.

Beschluss

Der Stadtrat wählt für das Jahr 2014 Tania Espinoza Haller einstimmig als Stadtratspräsidentin.

Der Vorsitzende *Rudolf Friedli*: Liebe Tania Espinoza Haller, ich gratuliere dir ganz herzlich zu deiner Wahl. Ich habe sehr gerne mit dir zusammengearbeitet. Du warst eine sehr hilfsbereite Vizepräsidentin und hast während der Sitzungen stets Erkundigungen bei den Stadtratsmitgliedern eingeholt, so dass ich immer wusste, was mich erwartet. Das war sehr wertvoll. Letztes Jahr sagtest du mir insbesondere bei der Budgetdebatte per Post-it jeweils, welche Person als nächstes kommt und was sie am Rednerpult sagen will. Du warst also stets sehr aktiv, hast dich in meine Situation hineinversetzt und mitgedacht. Dafür danke ich dir herzlich. Ich habe dich – insbesondere auch menschlich – als Vizepräsidentin sehr geschätzt. Ich habe das Amt sehr genossen und bin überzeugt, dass auch du es geniessen wirst. Du verfügst über die besten Voraussetzungen für das Stadtratspräsidium. Ich habe aber festgestellt, dass es für dieses Amt immer auch ein wenig Glück und Gelassenheit braucht. Beides wünsche ich dir von ganzem Herzen.

Gestern waren wir zusammen beim Mittagessen. Dabei sagtest du mir, dass du in deiner Wohnung gerne kleine Dinge ausstellst. Deswegen möchte Ich dir als Geschenk etwas überreichen, das du in der Wohnung ausstellen kannst – einen kleinen Bären, der als Symbol für Bern dienen kann.

- *Tania Espinoza Haller, Stadtrats-Präsidentin 2014, übernimmt die Sitzungsleitung.* -

Die Vorsitzende *Tania Espinoza Haller*: Als ich vor vielen Jahren zum ersten Mal vor dem ehrwürdigen Berner Rathaus gestanden bin und mir erklärt wurde, was es mit diesem Haus für eine Bewandnis hat, hätte ich mir diese Wahl nicht träumen lassen. Zum ersten Mal auf einem anderen Kontinent, zum ersten Mal in Europa, in der Schweiz, in Bern; geflüchtet aus Bolivien wegen einer Militärdiktatur, die die Grundlage der Demokratie mit Füßen trat. Vor rund 30 Jahren hätte ich mir wirklich nicht träumen lassen, dass ich dereinst hier stehen würde als frisch gewählte Ratspräsidentin, Vorsitzende eines tatsächlich funktionierenden demo-

kratischen Parlaments, dekoriert mit dem ehrenvollen Titel der „höchsten Bernerin“. Das ist ein wirklich spezieller Moment für mich.

Liebe Mitglieder des Gemeinderats, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen: Sie haben mich für dieses Jahr zur neuen Ratspräsidentin gewählt. Ich fühle mich geehrt und danke für das Vertrauen, das Sie mir damit ausgesprochen haben. Ich nehme die Herausforderung gerne an und freue mich auf die neue Aufgabe. Ich habe schon erwähnt, dass es für mich überhaupt nicht selbstverständlich ist, dass sich eine Gesellschaft nach echt demokratischen Regeln organisiert. Gewaltentrennung, unabhängige Medien, Meinungsfreiheit und Vielfalt, das sind wichtige Teilstücke für eine lebenswerte Gesellschaft. Ein funktionierendes Parlament ist so etwas wie ein Herzstück des Ganzen. Es liegt an uns Volksvertreterinnen und -vertretern, in gemeinsamer Debatte in zivilisierter und fairer Art und Weise Entscheidungen im Interesse unserer Stadt, d.h. von allen Bürgerinnen und Bürgern, zu fällen. In diesem Zusammenhang sehe ich meine Aufgabe als Stadtratspräsidentin so: Es wird meine hauptsächliche Pflicht sein, dafür zu sorgen, dass das Parlament – Sie, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen – seine verantwortungsvolle Aufgabe gut erfüllen kann. Das bedeutet, dass die Geschäfte hier stets in einer Atmosphäre behandelt werden, die von Respekt auch für gegensätzliche Positionen geprägt ist.

Natürlich wird im Parlament gestritten, werden harte Debatten geführt und – hoffentlich weiterhin nur verbal – Kämpfe ausgefochten. Das soll auch so sein, denn wir befinden uns hier nicht in einer Wellness-Oase. Aber gegenseitige Fairness und das Einhalten bewährter Regeln des Ratsbetriebs sind zwingend notwendig. Nur wenn der Rahmen stimmt, kann effizient gearbeitet werden. Und man muss keine Wahrsagerin sein, um vorauszusagen, dass auch dieses Jahr viel gearbeitet werden wird. Auch an heissen Debatten wird kein Mangel herrschen. Auf eine umfassende Aufzählung verzichte ich und erwähne als Amuse-Bouche bloss die bevorstehenden Budgetdebatten. Sie werden von harten Verteilungskämpfen begleitet sein. Auch in der Frage, wie sich die Situation in der Reithalle weiterentwickelt, sehe ich schon erste Rauchschwaden am Horizont. Weiter werden verschiedene Initiativen viel zu reden geben, beispielsweise die Initiative für bezahlbaren Wohnraum oder die Initiative „Waldstadt? Nein danke!“

Demokratie ist zwar kein Spiel – darüber sind wir uns alle einig. Ich werde aber als Ratspräsidentin darauf achten, dass die Regeln dieser Institution eingehalten werden. Ich werde – das passt im WM-Jahr ja besonders gut – eine aufmerksame Schiedsrichterin sein. Klar, der Ball soll laufen, und Tore sollen geschossen, Siege errungen und Niederlagen erlitten werden. Hoffentlich werde ich nur selten gelbe Karten zücken müssen, und wohl kaum je eine rote. Ich denke aber, es sollte Ausdruck meiner diesjährigen Dienstleistung an das Parlament sein, für ein faires Spiel zu sorgen. Die Arbeit im Parlament muss gemacht werden, politische Entscheide müssen gefällt werden, Weichen sind zu stellen. Die Stadt Bern ist eine wunderschöne Stadt mit viel Lebensqualität. Ich bin viel herumgekommen und reise heute noch gern, und trotzdem: „Bern“ und „gern“ reimt sich für mich nicht zufälligerweise. Damit trage ich vielleicht Eulen nach Athen oder in diesem Fall eher Bären nach Bern. Alle Anwesenden hier haben eine spezielle, eine enge Beziehung zu unserer Stadt, sonst würden sie sich ja nicht mit Herzblut und ihrem ganzen Wissen für diese Stadt einsetzen.

Allerdings ist Bern keine Insel. Wir sind aufs Engste mit unseren Nachbargemeinden verbunden und auf die Zusammenarbeit angewiesen, wenn wir Probleme lösen wollen, die nicht vor der Stadtgrenze haltmachen. Stichworte in diesem Zusammenhang sind etwa die Handhabung des öV und des Individualverkehrs, Fragen des Wohnungsbaus, die faire Beteiligung an den Kosten für das Kulturangebot. Ich bin überzeugt: Die Region Bern – Stadt *und* Land – können mehr erreichen, wenn sie zusammenspannen. Auch die Region Bern ist keine Insel, sondern befindet sich in einem Konkurrenzverhältnis zu anderen Regionen.

Ich habe von Effizienz gesprochen und möchte mich dabei selber beim Wort nehmen. Es warten noch weitere Traktanden auf uns. Ich freue mich, hier gleich die ordentliche Sitzungsleitung zu übernehmen. Dann werde ich selbstverständlich am richtigen Ort, nämlich am Pult hinter mir, sitzen.

Eine wichtige Bemerkung zum Schluss: Wenn es bei meiner neuen Tätigkeit Fragen oder Unklarheiten geben sollte, kommen Sie bitte vorbei. Ich habe immer ein offenes Ohr und werde mich bemühen, Ihre Anliegen möglichst gut zu berücksichtigen.

Während des letzten Jahres ist Rudolf Friedli auf diesem besonderen Stuhl gesessen. Er hat einen sehr guten Job gemacht und war mir ein sehr gutes Vorbild. Herzlichen Dank, Rudolf Friedli, für die Zusammenarbeit!

Ich hoffe, es wird niemand traurig sein, wenn wir diese Sitzung etwas früher beenden werden. Ich freue mich, Sie im Anschluss an diese Sitzung ans andere Aareufer in die Mahogany Hall an eine kleine Feier anlässlich meiner Wahl einladen zu können. Es warten am Klösterlistutz beim Bärengraben ein reichhaltiger Aperó, Getränke und ein lockeres Abendprogramm auf Sie.

Von Rudolf Friedli habe ich gestern beim Mittagessen erfahren, dass er in der Küche oft lieber assistiert als selber kocht. Damit er mit seiner Familie, seinem Partner und seinen Liebsten Zeit verbringen kann, möchte ich ihm einen Gutschein für den Küchen-Laden schenken, um die gemeinsame Zeit geniessen zu können. *(Beifall)*

2013.SR.000001

2 Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2014

Der Stadtrat wählt einstimmig für das Jahr 2014:

1. Claude Grosjean (Fraktion GLP) als 1. Vizepräsidenten
2. Thomas Göttin (Fraktion SP) als 2. Vizepräsidenten
3. Sabine Baumgartner (Fraktion GB/JA!) als Stimmzählerin
4. Kurt Rügsegger (Fraktion SVP) als Stimmzähler.

Die Vorsitzende Tania Espinoza Haller gratuliert den Gewählten und wünscht ihnen viel Freude und Erfolg bei ihrer Arbeit.

2013.SR.000436

3 Aufsichtskommission (AK): Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2014

Die Vorsitzende *Tania Espinoza Haller*: Nominiert zur Wahl für das Präsidium der Aufsichtskommission (AK) ist Erich Hess (Fraktion SVP). Gewählt wird durch Handerheben. Nach Art. 80 GR SR gilt das absolute Mehr, also: die Hälfte der gültigen Stimmen plus eins.

Beschluss

1. Der Stadtrat wählt als Präsidenten 2014: Erich Hess (Fraktion SVP).
2. Der Stadtrat wählt einstimmig als Vizepräsidenten 2014: Manuel C. Widmer (Fraktion GFL).

Die Vorsitzende Tania Espinoza Haller gratuliert den Gewählten und wünscht ihnen viel Freude und Erfolg bei ihrer Arbeit.

2013.SR.000437

4 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU): Ersatzwahl eines Mitglieds, Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2014

1. Der Stadtrat wählt einstimmig als Ersatz für den zurückgetretenen Erich Hess in die FSU: Nathalie D'Addezio (Fraktion SVP).
2. Der Stadtrat wählt einstimmig als Präsidentin 2014: Christine Michel (Fraktion GB/JA!).
3. Der Stadtrat wählt einstimmig als Vizepräsidentin 2014: Yasemin Cevik (Fraktion SP).

Die Vorsitzende Tania Espinoza Haller gratuliert den Gewählten und wünscht ihnen viel Freude und Erfolg bei ihrer Arbeit.

2013.SR.000438

5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl eines Mitglieds, Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2014

1. Der Stadtrat wählt einstimmig als Ersatz für den zurückgetretenen Kurt Rüeegsegger in die PVS: Jacqueline Gafner Wasem (Fraktion FDP).
2. Der Stadtrat wählt als Präsidenten 2014: David Stampfli (Fraktion SP).
3. Der Stadtrat wählt einstimmig als Vizepräsidenten 2014: Daniel Imthurn (Fraktion GLP).

Die Vorsitzende Tania Espinoza Haller gratuliert den Gewählten und wünscht ihnen viel Freude und Erfolg bei ihrer Arbeit.

2013.SR.000439

6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl eines Mitglieds, Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2014

1. Der Stadtrat wählt einstimmig als Ersatz für den zurückgetretenen Michael Köppli in die SBK: Sandra Ryser (Fraktion GLP).
2. Der Stadtrat wählt einstimmig als Präsidentin 2014: Cristina Anliker-Mansour (Fraktion GB/JA!).
3. Der Stadtrat wählt einstimmig als Vizepräsidentin 2014: Sandra Ryser (Fraktion SP).

Die Vorsitzende Tania Espinoza Haller gratuliert den Gewählten und wünscht ihnen viel Freude und Erfolg bei ihrer Arbeit.

2013.SR.000440

7 Agglomerationskommission (AKO): Ersatzwahl eines Mitglieds, Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2014

1. Der Stadtrat wählt einstimmig als Ersatz für die zurückgetretene Jacqueline Gafner Wasem in die AKO: Rudolf Friedli (Fraktion SVP).

2. Der Stadtrat wählt einstimmig als Präsidentin 2014: Melanie Mettler (Fraktion GLP).
3. Der Stadtrat wählt einstimmig als Vizepräsidentin 2014: Daniela Lutz-Beck (Fraktion GFL/EVP).

Die Vorsitzende Tania Espinoza Haller gratuliert den Gewählten und wünscht ihnen viel Freude und Erfolg bei ihrer Arbeit.

2013.GR.000070

8 Sozialhilfekommission: Amtsperiode 2013–2016; Ersatzwahl

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Sozialhilfekommission: Amtsperiode 2013–2016; Ersatzwahl.
2. Er wählt mit sofortiger Wirkung bis Ende 2016 als Vertretung der Fraktion SVP gemäss Anhang III Ziffer 4 des Kommissionenreglements Herrn Willy Röthlisberger-Rumo in die Sozialhilfekommission.

Bern, 18. Dezember 2013

Die Vorsitzende *Tania Espinoza Haller*: Die Fraktion SVP nominiert Herrn Willy Röthlisberger-Rumo, geb. 28. November 1935, als neues Mitglied für die Sozialhilfekommission. Herr Röthlisberger war Schuko-Mitglied, ist im Rat der Seniorinnen und Senioren tätig und hat sich als Präsident des Spitalverbandes engagiert.

Beschluss

Der Stadtrat wählt mit sofortiger Wirkung bis Ende 2016 als Vertretung der Fraktion SVP gemäss Anhang III Ziffer 4 des Kommissionenreglements Herrn Willy Röthlisberger-Rumo in die Sozialhilfekommission.

Die Vorsitzende Tania Espinoza Haller gratuliert den Gewählten und wünscht ihnen viel Freude und Erfolg bei ihrer Arbeit.

2007.SR.000024

9 Geschäftsreglement des Stadtrats: Änderungsantrag gemäss Art. 82; Zuweisung zur Vorberatung

Antrag des Büros des Stadtrats

Der Stadtrat stimmt der Empfehlung seines Büros zu und überweist den Änderungsantrag Manuel C. Widmer (GFL/EVP) vom 28. November 2013 „Auch unbestrittene Vorstösse begründen“ an die Aufsichtskommission.

Bern, 20. Dezember 2013

Die Vorsitzende *Tania Espinoza Haller*: Das Traktandum kommt aus dem Stadtratsbüro. Es wurde gemäss Art. 82 ein Änderungsantrag zum GRSR gestellt; es geht hier um eine Zuweisung zur Vorbereitung. Manuel C. Widmer hat dem Stadtrat die Teilrevision des Geschäftsreglements vom 12. März 2009 beantragt. In einem Antrag verlangt er eine Änderung von Art. 59 Abs. 3 und Art. 61 Abs. 3 GRSR. Das Stadtratsbüro hat den Antrag am 20. Dezember 2013 geprüft und empfiehlt dem Stadtrat, den Änderungsantrag an die AK zu überweisen.

Beschluss

Der Stadtrat überweist den Änderungsantrag Manuel C. Widmer (GFL/EVP) vom 28. November 2013 „Auch unbestrittene Vorstösse begründen können“ an die Aufsichtskommission (71 Ja, 2 Nein). *Abst.Nr. 014*

2013.SR.000294

10 Dringliches Postulat Fraktion SP (Katharina Altas, SP): Nothilfe für Syrien

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Dringliche Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 27. November 2013

Postulantin *Katharina Altas* (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort auf mein dringliches Postulat und für die Überweisung von 10'000 Franken zugunsten der Caritas bzw. die notleidende Bevölkerung in Syrien. Auch wenn der Gemeinderat die Vergabep Praxis genau erläutert und klargemacht hat, dass die letzten 30'000 Franken für die Katastrophenhilfe reserviert sind, hätte ich angesichts der humanitären Lage in Syrien doch einen höheren Betrag erwartet. Ich behalte mir vor, erneut einen Vorstoss zugunsten der Syrien-Nothilfe einzureichen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich (63 Ja, 11 Nein). *Abst.Nr. 015*
3. Die Stellungnahme des Gemeinderats gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht (72 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 016*

2013.SR.000413

11 Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): Rückerstattung zu viel bezahlter Kehrrechtgrundgebühren – Wo bleibt das Geld?

Die Vorsitzende *Tania Espinoza Haller*: Ich erinnere daran, dass der Stadtrat betreffend Beantwortung Kleiner Anfragen eine Neuregelung beschlossen hat: Künftig wird der Gemeinderat die Kleinen Anfragen schriftlich beantworten. Diese Neuregelung ist am 1. Januar 2014 in Kraft getreten und wird bei allen ab heute eingereichten Kleinen Anfragen angewandt. Die Kleine Anfrage von Mario Imhof wurde am 28. November 2013 eingereicht und wird deshalb noch nach altem Recht behandelt. Ich übergebe deswegen das Wort an Gemeinderätin Ursula Wyss.

Die Direktorin TVS *Ursula Wyss* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Der Gemeinderat hat im November 2012 kommuniziert, dass die Rückerstattungen über das Jahr 2013 hinaus bis ins Jahr 2014 andauern werden. Gleichzeitig hat er darauf hingewiesen, dass die offenen Beträge verzinst werden.

Zu Frage 1: Die Gebühren-Rückerstattungen für die Jahre 2007 bis 2012 betreffen insgesamt rund 26'800 Fälle. Davon konnten bis Ende 2013 12'500 Fälle verfügt werden. Effektiv zurückerstattet werden Beträge im Einzelfall nach ungenutztem Ablauf der 30-tägigen Be-

schwerdefrist. Ziel ist es, bis Mitte 2014 die allermeisten Rückerstattungen verfügt und wo immer möglich auch ausbezahlt zu haben. *Zu Frage 2:* Ich nehme Bezug auf das soeben beschriebene Vorgehen. Der Fahrplan sollte so eingehalten werden können, wie er im November 2012 kommuniziert worden ist. *Zu Frage 3:* Die Rückerstattungen werden schwergewichtig mit befristet angestellten externen Mitarbeitern bewältigt. Diese werden über den Rückerstattungskredit finanziert. Im Hinblick auf die aussergewöhnliche Belastung der Abteilung Entsorgung & Recycling mit ihren diversen komplexen Vorhaben hat der Gemeinderat bereits im September 2012 eine Aufstockung des Personalbestands um maximal 420 Stellenprozent bewilligt. Diese Bewilligung läuft bis Ende Februar 2014. Sie wird über das ordentliche Budget von Entsorgung & Recycling finanziert. *Zu Frage 4:* Per Ende 2013 sind für die Abwicklung der Rückerstattungen Kosten in der Höhe von rund einer Million Franken aufgelaufen. Bis zum Abschluss der Rückerstattung Mitte 2014 wird mit Abwicklungskosten von ungefähr 1,35 Millionen Franken gerechnet. *Zu Frage 5:* Es kann aus heutiger Sicht davon ausgegangen werden, dass der bewilligte Gesamtkredit eingehalten werden können.

Mario Imhof: Eine Bemerkung zu meiner Frage Nr. 1: Viele Leute, nicht nur ich, haben eine Verfügung für die Jahre 2011 und 2012 bekommen. Es ist bisher aber noch keine Verfügung für die Jahre 2007 bis 2010 gekommen, und darauf hat sich meine Frage bezogen.

Direktorin TVS *Ursula Wyss:* Ich danke für diese Präzisierung. Tatsächlich sind wir in zwei Schritten vorgegangen. In einem ersten Schritt werden die Rückvergütungen von 2011 und 2012 behandelt. Dies deshalb, weil es dafür keine Gesuche braucht. Es wird ermittelt, ob wir die richtigen Personen erfasst haben. Sobald dies erledigt ist, kann Schritt 2 entsprechend schneller abgewickelt werden, denn der grosse administrative Aufwand besteht in der Abklärung in Schritt 1, ob man überhaupt die richtigen Adressaten hat. Wichtig aus heutiger Perspektive ist: Laut Zeitplan werden wir bis Mitte 2014 die allermeisten Verfügungen fertig haben. Zurzeit sieht alles danach aus, dass wir diesen Zeitplan einhalten können.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

2013.GR.000301

12 Aare Schönau: Neuer Aareeinstieg; Baukredit

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat genehmigt das Projekt Aare Schönau: Neuer Aareeinstieg; Baukredit.
2. Für die Ausführung des Projekts wird ein Gesamtkredit von Fr. 440 000.00, zulasten der Investitionsrechnung Konto I5100294 (KST 510110), bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen.

Bern, 18. September 2013

Rückweisungsantrag der Fraktion FDP

Die Fraktion FDP. Die Liberalen beantragt dem Stadtrat, den Baukredit gemäss Art. 52 GRSR an den Gemeinderat zurückzuweisen. Dies mit folgenden Auflagen:

1. Für den Bau des neuen Abgangs in die Aare unterhalb des Schönaustegs wird ein Kostendach von Fr. 100'000.00 definiert.
2. Auf den Bau einer Dusche sowie einer Bühne (= quer zum Ufer liegendes dammartiges Bauwerk) wird verzichtet.

Begründung

Die Bestrebungen der Stadt Bern, gefährliche Situationen rund um den bisherigen Aareeinstieg beim Schönausteg zu vermeiden, werden von der Fraktion FDP.Die Liberalen unterstützt. Die beantragten Baukosten sind mit CHF 440'000.00 aber unverhältnismässig hoch. Insbesondere auf den Bau einer Dusche sowie einer Buhne kann verzichtet werden.

Rückweisungsantrag der Fraktion BDP/CVP

Aus der Sicht der BDP/CVP-Fraktion ist dieses Geschäft unausgereift, zudem sind die Kosten zu hoch, die arg gebeutelten Stadtfinanzen ertragen solche Ausgaben nicht mehr. Wir beantragen deshalb, dieses Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen, damit er die nachfolgenden Auflagen in die Überarbeitung des Geschäfts einfliessen lassen kann:

1. Der alte Einstieg (oberhalb des Schönaustegs) ist aufzuheben. Es ist nicht nachvollziehbar, dass auf der einen Seite ein neuer sicherer Einstieg gebaut werden soll und auf der anderen Seite die Gefahrenquelle nicht eliminiert wird! Es ist stossend, dass ein Opfer des Denkmalschutzes ein solcher Gefahrenherd darstellen darf. Denkmalpflegerische Aspekte und Sicherheit vertagen sich bei diesem Projekt nicht.
2. Wir wissen, dass Bauen an einem Flussufer teuer ist. Dennoch erscheint uns der geforderte Kredit von 440'000 Franken als sehr hoch. Wir fordern, dass das Projekt hinsichtlich der Kosten nochmals genau überprüft wird. Frau Gemeinderätin Ursula Wyss hat in Gesprächen bereits signalisiert, dass bei diesem Projekt noch gewisse Einsparungen vorgenommen werden können. Das Argument, ein zweiter Einstieg 50m weiter unten bringe mehr Sicherheit vor den Brückenspringern greift zu kurz. Die einzige Methode, das Brückenspringen und somit die Gefahr zu unterbinden, wäre die Umzäunung der Brücke. Aber auch eine andere als die radikale Lösung kann sinnvoll sein. Vorliegend haben wir aber wieder einmal ein Prestigeprojekt, welches nur darauf abzielt bei künftigen Unfällen sagen zu können, man hätte alles Mögliche getan, um die Gefahren des Brückenspringens einzudämmen. Für all die Leute, welche vom Eichholz runterschwimmen, besteht aber die Gefahr der Brückenspringer immer noch.
3. Zudem soll der Gemeinderat prüfen, wie viele sonstige Einstiege mit 440'000 Franken effektiv gebaut werden könnten. Unsere Meinung ist, dass mehr Ein- und Ausstiege allgemein zu mehr Sicherheit beitragen. Wir stellen uns nicht gegen eine Aufwertung der Aare, jedoch stellen wir uns gegen sinnlose Geldverschwendung. Das Kostendach von 440'000 Franken darf unserer Meinung nach gerne beibehalten werden, jedoch mit der Erwartung von mindestens zwei Ein- und Ausstiegen, welche besser am ganzen Aareufer verteilt sind.

Sprecher PVS *Daniel Imthurn* (GLP): Im August 2012 hat sich am Schönausteg ein Unfall ereignet. Eine Familie schwamm mit ihrem 12-jährigen Sohn in der Aare, als jemand vom Schönausteg heruntersprang, dabei den Knaben traf und diesem eine Schleudertrauma-ähnliche Verletzung im Nacken zufügte. Glücklicherweise geht es ihm heute wieder besser. Die Eltern sind in der Folge an die Stadt und an die Presse gelangt, wodurch diese Sache ins Rollen kam. Es wurde dazu viel geschrieben und kommentiert, die Leserbriefspalten waren gut gefüllt, das Thema ist – wie immer, wenn es in Bern ums Aareschwimmen geht – sehr emotional. Hier kann jeder von uns mitreden, weil wohl jeder schon in der Aare war.

Viele von uns hatten wohl auch schon mal ein mulmiges Gefühl beim Durchschwimmen unter dem Schönausteg. Man muss darauf vertrauen, dass die da oben aufpassen. Es gibt einen toten Winkel, und die Situation ist immer etwas gefährlich. Was aber kann man dagegen tun? Die Kreditvorlage des Gemeinderats ist letztlich die Folge aus diesem Vorfall.

Zu den Fakten: Der Gemeinderat legt uns einen Kredit für den Neubau einer Treppe vor, die sich 20 bis 30 Meter unterhalb des Schönaustegs befinden soll. Mit diesem Neubau verbunden ist eine Dusche ähnlich den Duschen, wie es sie im Marzilbad gibt. Das Ganze kostet

440'000 Franken. Das Projekt ist nach Aussage des Gemeinderats zusammen mit internen und externen Spezialisten erarbeitet worden, unter anderem auch mit einem Vertreter der Rettungsschwimmergesellschaft. Die Treppe soll etwa 8 Meter breit werden; sie führt vom Weg direkt an die Aare. Der Treppe vorgelagert ist ein flacher Vorbau, eine Art Podest, welches von Natursteinen umringt ist. Diese Natursteine sind bei normalem Wasserstand sichtbar und reichen vom Rand ca. 4 bis 5 Meter in die Aare hinein. Damit verbunden ist eine sogenannte Buhne (nur auf Detailplänen ersichtlich), die man sich als halbkreisartigen Vorbau vorstellen muss, der dieser Treppe aareaufwärts vorgelagert ist. Diese Buhne reicht bis etwa 10 Meter in die Aare hinein, wäre also baulich eine recht grosse Sache. Diese Buhne ist bei normalem Wasserstand nicht sichtbar. Die Steine befinden sich unter dem Wasserspiegel, man sieht sie nicht. Im Vortrag wird beschrieben, dass die Buhne den Wasserfluss der Aare ein wenig abbremsen soll, damit man einfacher in die Aare gelangen kann. Offenbar wird sie auch durch das Gewässerschutzgesetz vorgeschrieben: Es wurde uns gesagt, dass man für Flusslebewesen Lebensraum schaffen muss, wenn man solche Eingriffe macht. Allerdings sind die Steine für Aareschwimmer relativ gefährlich, denn sie reichen weit in die Aare hinein und sind für die Schwimmer nicht sichtbar.

Die Frage ist, wie die Treppe solche Unfälle verhindern soll, denn sie ist ja bloss ein Bauwerk. Geplant ist Folgendes: Die alte Treppe soll, gemäss der Vorstellung der Spezialisten, primär nur noch als Ausstieg dienen für Personen, die von weiter oben herkommen. Die neue Treppe soll als Einstieg für Personen dienen, die von unten kommen. Mit anderen Worten: Die Schwimmer sollen nicht mehr unter der Brücke durchschwimmen, sondern vor der Brücke aussteigen und nach der Brücke wieder ins Wasser gehen.

Wir haben diese Ausgangslage in der Kommission intensiv diskutiert und uns auch andere Lösungen angeschaut. So wurde von interner wie externer Stelle vorgeschlagen, man solle Fanggitter erstellen, damit man nicht mehr vom Steg in die Aare springen kann. Dazu gibt es zwei Varianten: Man kann die Gitter waagrecht oder senkrecht anbringen. Die waagrechte Variante kennen wir etwa vom Münsterplatz, die senkrechte Variante von den Brücken in der Stadt Bern. Seitens der Verwaltung wurde uns aber glaubhaft versichert, dass dies von der Statik her an dieser Brückenkonstruktion nicht möglich ist. Die Brücke ist zu wenig stabil, man kann solche Gitter nicht mal notfallmässig erstellen. Diese Variante schied also schon deshalb aus. Hinzu kam: Selbst wenn solche Gitter baulich möglich wären bzw. möglich gemacht würden, wäre es für die Knaben und Mädchen möglicherweise eine besondere Herausforderung, diese Fanggitter zu übersteigen, um von grösserer Höhe in die Aare zu springen. Das wäre der Sicherheit wohl nicht wirklich dienlich. Wir haben deshalb diese Variante verworfen. Weiter wurde die Möglichkeit diskutiert, eine Beschilderung anzubringen. Flussaufwärts könnte am Schönausteg eine Zone für Schwimmer, eine Zone für Springer und vielleicht noch eine Zone für Gummiboote markiert werden. So würde die Situation quasi durch eine Verkehrsregelung auf der Aare etwas entschärft. Das klingt zunächst ganz gut, wobei die Frage bleibt, wie es mit der Sichtbarkeit dieser Regelung aussieht – ein Schwimmer muss es ja erst mal sehen, dass da oben verschiedene Bereiche ausgeschieden sind. Zweitens: Wenn die Stadt solche Bereiche ausscheidet, dann ist sie auch verantwortlich dafür, dass sie eingehalten werden. Mit anderen Worten: Eigentlich müsste immer ein Polizist dort stehen, der schaut, dass die Springer am richtigen Ort reinspringen und die Schwimmer am richtigen Ort durchschwimmen. Das wäre völliger Irrsinn und schon rein theoretisch nicht möglich.

Es stellt sich also die Frage, was die neue Treppe bringen würde und ob sie wirklich nötig ist. Die Kommission meint mit grosser Mehrheit: Nein. Sie kam zum Schluss, dass der Neubau der Treppe schlicht zu wenig bringen und zudem einen massiven Eingriff in das Aare-Bord darstellen würde. Wieso?

Erstens: Viele Schwimmer steigen weit oberhalb des Schönaustegs in die Aare ein. Dies wird durch den neuen Einstieg unterhalb des Stegs nicht beeinflusst. Zudem kommen auch viele

Gummiboote von weiter oben. Die Treppe nützt, wenn überhaupt, nur einem Teil der Aarechwimmer etwas. Zweitens wird die alte Treppe nicht aufgehoben, sondern sie bleibt nach wie vor bestehen. Wenn jemand dort einsteigen will, wird er dies nach wie vor tun können. Der Aufwand wäre also für nichts.

Ich habe mir die Situation vor Ort angesehen. Der Einstieg an dieser Treppe scheint mir kein grosses Problem zu sein. Die Treppe befindet sich in ca. 25 Metern Distanz zum Schönaustieg. Der Hauptspringpunkt vom Schönaustieg befindet sich etwa 15 Meter vom Ufer entfernt. Nimmt man eine Flussgeschwindigkeit von ca. 5 m/s an, wie sie die Aare normalerweise aufweist, ergibt sich daraus: Man müsste innerhalb von 5 Sekunden 15 Meter rausschwimmen können, um in den Gefahrenbereich zu gelangen. Das ist doch eher unwahrscheinlich – ich würde es nicht schaffen, mit 3 m/s zu schwimmen, um in den Gefahrenbereich zu gelangen. Mit anderen Worten: Die Leute, die bei dieser Treppe einsteigen, befinden sich eher am linken Aarerand und sind eher wenig gefährdet. Natürlich gibt es auch Leute, die am Rand reinspringen.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Wer wirklich nicht unter dem Steg durchschwimmen will, kann dies heute schon vermeiden. Er kann die Aare vor der Brücke verlassen und unterhalb der Brücke wieder einsteigen. Es führen innerhalb der ersten 200 Meter nach dem Schönaustieg drei Treppen in die Aare, zwei davon sind mit Handläufen versehen. Es besteht also bereits die Möglichkeit, unterhalb des Stegs einzusteigen. Was hier projiziert ist, ist nichts weiter als eine Komfortverbesserung. Zudem gibt es dem ganzen Ufer entlang flache Steine. Man braucht also nicht mal eine Treppe, sondern kann direkt in die Aare einsteigen, kann also dieser Gefahrenstelle jetzt schon problemlos ausweichen, wenn man denn unbedingt will.

Die neue Treppe wäre ein massiver Eingriff in das Aarebord. Der natürliche Aarelauf, der ohnehin schon ziemlich beeinträchtigt ist, würde noch weiter beschränkt, es müssten mehrere Bäume gefällt und es müsste in die Flussbiologie eingegriffen werden.

Aus diesen Gründen kam die Kommission klar zur Meinung, die Situation sei so zu belassen, wie sie zurzeit ist. Denkbar wäre, Hinweisschilder aufzustellen, die auf die Gefahrensituation hinweisen. Die Ausgabe aber von fast einer halben Million Franken bringt zu wenig Nutzen und das Geld könnte anderswo besser investiert werden. Es geht auch um die Eigenverantwortung jedes Einzelnen, der in der Aare schwimmt. Man weiss, dass es gefährlich ist. Eine Sensibilisierungskampagne hat letztes Jahr ja stattgefunden. Und wer von der Brücke springt, ist natürlich verpflichtet, aufzupassen.

Die Kommission stellt den Antrag, den Kredit abzulehnen.

Zu den zusätzlichen Anträgen von BDP und FDP konnte die Kommission nicht Stellung nehmen, da diese der Kommission noch nicht vorlagen.

Fraktionserklärungen

Bernhard Eicher (FDP) für die Fraktion FDP: Zunächst möchte ich im Namen der FDP-Fraktion unserem Erstaunen und unserer Freude darüber Ausdruck verleihen, wie viel Emotionen der Steg offensichtlich weckt. Es gilt abzuwägen: Einerseits sind die Leute selbst verantwortlich; wer in die Aare einsteigt, muss mit einem gewissen Risiko rechnen, dass es Verletzungen gibt. Andererseits hat die Stadt als Eigentümerin der Brücke gewisse Verpflichtungen und muss dafür sorgen, dass sich die Leute dort nicht verletzen.

Beim Abwägen dieser beiden Aspekte stellt man fest: Die Vorlage, die uns der Gemeinderat hier unterbreitet, ist sicher nicht verhältnismässig. Man will einen Steg für 440'000 Franken bauen – ein Steg für rund eine halbe Million Franken ist ein Luxussteg, eine Luxusvariante. Fragwürdig dabei sind die geplante Dusche und die Naturschutzmassnahmen, die man als Supplément offenbar im gleichen Zug realisieren will.

Eine Anekdote zeigt, dass man sich offensichtlich nicht wahnsinnig gut abspricht. Der bisherige Einstieg gehört dem Wasserverbund Region Bern. Dieser sieht vor, bei der Treppe eine Dusche zu installieren. Würde man die Variante der Stadt realisieren, hätte man zwei Duschen: eine beim alten und 50 Meter daneben eine weitere beim neuen Einstieg. Das wäre wohl die höchste bisher realisierte Duschen-Dichte an der Aare.

Die Stadt muss ihre Verantwortung wahrnehmen und dafür sorgen, dass diejenigen, die vor den Brückenspringern Angst haben, nach der Brücke in die Aare einsteigen können. Wir sind aber der Auffassung, dazu reichen einfachere Massnahmen von insgesamt 100'000 Franken. Wir haben deswegen einen Rückweisungsantrag gestellt. 50'000 Franken wurden bereits verplant, es war offenbar bereits jemand ein halbes Jahr an der Arbeit und hat sich wahnsinnig Mühe gegeben, für 440'000 Franken eine schöne Dusche und Treppe zu planen. Es bleiben also noch 50'000 Franken, um eine Treppe zu bauen. Eine kleine, bescheidene Treppe reicht. Damit wäre allen Genüge getan. Die Stadt hätte nicht unnötig Geld ausgegeben, und wer Angst vor den Brückenspringern hat, hätte eine andere Einstiegsmöglichkeit. Für die anderen würde die bewährte alte, denkmalgeschützte Treppe verbleiben.

Den Rückweisungsantrag der BDP/CVP-Fraktion können wir nicht unterstützen. Die BDP/CVP-Fraktion argumentiert gegen die Denkmalpflege. Wir sind der Auffassung, man kann die Denkmalpflege nicht einfach vernachlässigen, wenn sie einem nicht passt. Wir führen gerne eine Diskussion über die Denkmalpflege, aber es gilt, diese Diskussion in einem grösseren Rahmen zu führen. Dass man die Denkmalpflege einfach mal kurz ausblendet, geht natürlich nicht. Ein weiterer Punkt: Die Stadt hat zu dieser Treppe nichts zu sagen, denn sie befindet sich im Eigentum des Wasserverbunds Region Bern.

Wer einen kleinen, bescheidenen Einstieg will, soll unseren Rückweisungsantrag unterstützen. Damit haben wir Geld gespart und dennoch das Problem einigermassen gelöst.

Philip Kohli (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Der neue Aare-Einstieg soll vor den Gefahren, die von den Brückenspringern ausgehen, bewahren. Selten gab es bisher innerhalb der Fraktion derart unterschiedliche Meinungen. Ich versuche deshalb, die Positionen auch hinsichtlich unseres Rückweisungsantrags etwas zusammenzufassen.

Ich gebe Bernhard Eicher recht: Auch uns war der Preis des neuen Einstiegs ein Dorn im Auge. Es kann nicht sein, dass wir uns schon wieder einen Rolls-Royce leisten. Es ist auch uns klar, dass es sehr teuer ist, am Wasser zu bauen. Aber es braucht keine Dusche und keine Bühne. Wir sind zwar ebenfalls der Meinung, es ginge günstiger, aber einfach so mit 100'000 Franken einen Preis vorzuschlagen, löst das Problem nicht wirklich. Das Problem sind die Brückenspringer, und die sinnvollste Methode, diesem Problem zu begegnen, wäre eine Umzäunung der Brücke. Die radikalste Lösung ist meistens aber nicht die beste.

Wir alle bedauern den Unfall sehr. Vieles kann man präventiv lösen, letztlich aber ist die Selbstverantwortung der Springenden gefragt, die ja etwas Illegales tun. Die Sicherheit davor kann nicht zu 100 Prozent in unseren Händen liegen. Das können wir nicht gewährleisten. Ein zweiter Einstieg weiter flussabwärts hilft nur bedingt, bringt aber sicher etwas mehr Komfort in den Aareraum, und dagegen wehren wir uns nicht. Wir möchten den alten Einstieg nicht deswegen schliessen, weil er unter Denkmalschutz steht, sondern weil er gefährlich ist. Er muss geschlossen werden – sei es mit einem Geländer, einem Zaun oder wie auch immer. Als Aare-Ausstieg wäre er sinnvoll, um vor der Brücke aussteigen zu können. Als Einstieg ist er anscheinend zu gefährlich.

Zum Rückweisungsantrag: Uns liegt die Sicherheit in der und um die Aare am Herzen. Gerne kann man eine halbe Million investieren – aber bitte ohne Luxus. Mit einer halben Million kann man zwei bis drei Aare-Ein- und -Ausstiege finanzieren, die man auf der Strecke vom Eichholz flussabwärts verteilen könnte. Davon hätten Aareschwimmer mehr, denn so könnten sie

bei einem Krampf oder ähnlichem spontan entscheiden, auszusteigen. Auch dadurch würde die Sicherheit erhöht.

Wir bleiben bei unserer Meinung: Der alte Einstieg soll aufgehoben werden. So kann man weiter unten einen zweiten Ein- und Ausstieg bauen, allerdings mit dem Verzicht auf den Rolls-Royce, denn der Volkswagen fährt genauso gut.

Für den Fall, dass der Rückweisungsantrag keine Mehrheit findet, haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Den Antrag der FDP nehmen wir an.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Die Fraktion SVP ist klar gegen den Baukredit. Wir sind auch klar gegen die beiden Rückweisungsanträge von FDP und BDP/CVP. Wenn überhaupt, würden wir den der FDP unterstützen.

Die ganze Massnahme ist unseres Erachtens für die Sicherheit kontraproduktiv. Sie könnte sogar die Haftung der Stadt erhöhen. Uns scheint sie auch völlig unverhältnismässig.

Ich selbst bin relativ oft in der Aare, denn ich habe das Glück, recht nahe daran zu wohnen. Sie können mir nun Befangenheit vorwerfen. Ich habe mich in der Kommission gegen die vorgeschlagene Lösung ausgesprochen, weil die räumlichen bzw. örtlichen Verhältnisse gegen sie sprechen. Auch mir ist übrigens mal ein Springer fast auf den Kopf gesprungen. Ich weiss, dass es gefährlich ist.

Ich verweise auf Medienberichte bzw. die Medienmitteilung der PVS, in welcher wir klar gesagt haben, dass die Sache nicht geht. Ich habe den Eindruck, dass die Vorlage vom Schreibtisch aus ausgearbeitet wurde. Der Unfall war tragisch. Aber dies vorweg: Der verletzte Knabe, dem es glücklicherweise wieder besser geht, stieg nicht beim Schönausteg ein, sondern kam vom Eichholz her. Ganz wichtig ist für mich der Grundsatz, dass dort Schwimmer und Bootsfahrer Vortritt haben. Denn diese können nicht aufpassen, sondern sie treiben im Wasser. Wer von der Brücke runterspringt, stellt eine Gefahr dar und ist für sein Tun verantwortlich. Dort muss man ansetzen.

Den jungen Leuten, die von der Brücke springen, muss ich ein Kränzlein winden. Ich hatte in letzter Zeit den Eindruck, dass man gut achtgegeben hat. Sie wissen auch, dass es an warmen Tagen, wenn viele Leute im Wasser sind, gefährlich wird.

Es wurde von meinen Vorrednern schon darauf hingewiesen, dass die Treppe nicht der Stadt Bern gehört. Man kann sie also nicht einfach so schliessen. Es gibt diverse Vorschriften dafür, wie man einen Wasserzugang sperrt. Das bringt gar nicht. Und es gibt den Denkmalschutz. Ich bin zwar nicht ein grosser Vorkämpfer für den Denkmalschutz, aber es entsetzt mich doch ein wenig, dass man ihn nun schon zum zweiten Mal in der Stadt Bern nicht berücksichtigt – Stichwort KaWeDe, die ebenfalls unter Denkmalschutz steht und die man trotzdem schliessen wollte. Hier ist wieder ein städtisches Vorhaben geplant, das sich über den Denkmalschutz hinwegsetzen will. Wenn man schon einen Denkmalschutz hat, dann soll sich doch vor allem die Stadt dran halten.

Entscheidend ist für mich Folgendes: Probleme haben wir dann, wenn die Aare warm ist und viele Leute bis zum Eichholz gehen. Kriterien dafür sind Aare- und Aussentemperatur. Wenn die Aare nur 15 Grad warm ist, werden nicht sehr viele Leute vom Eichholz her kommend unter der Brücke durchschwimmen. Das Problem besteht, wenn es warm ist und die Gäste des Campingplatzes Eichholz nach der Brücke aussteigen.

Bei der Beratung des Geschäfts habe ich mir überlegt, ob es noch andere Möglichkeiten gäbe, beispielsweise, dass man aareaufwärts springt. Ich musste mich belehren lassen, dass auch dies relativ heikel ist. Die Idee mit den Netzen habe ich nie mit grosser Überzeugung verfochten, war aber der Meinung, man müsse sie abklären. Die Abklärungen haben ergeben: Ausgerechnet beim Ufer der linken Aareseite ist die Aare tiefer. Je mehr man Richtung Mitte geht, desto tiefer ist die Aare. Ergo ist ein Netz bestimmt nicht sicher. Es ist keine gute Lösung – möglicherweise klettern die Leute sogar aufs Netz.

Ebenfalls gefährlich fände ich eine Signalisation wie „Hier springen“ oder „Hier schwimmen“. Dies würde wohl eine Haftung für die Stadt auslösen, was sie vermeiden sollte. Wer springt, trägt die Verantwortung. Er muss aufpassen. Von den Kosten her sind solche Massnahmen, die rein gar nichts bringen und sogar kontraproduktiv sind, völlig unverhältnismässig. Man wiegt sich in falscher Sicherheit. Es bringt nichts. Man muss den Mut haben, auf Eigenverantwortung zu setzen und die Sache so zu belassen, wie sie bisher war.

Kurz zu den Anträgen: Wir brauchen weder Duschen noch einen Einstieg. Wir lehnen den FDP-Antrag ab. Beim Antrag der BDP ist das erste Problem der Denkmalschutz. Es würde sicher von diversen öffentlich-rechtlichen Institutionen ein Beschwerdeverfahren geführt. Das kann nicht Sinn und Zweck sein. Ich selbst habe bereits Vorstösse unternommen für weitere Aare-Ein- und -Ausstiege. Diese wurden abgelehnt. Ich gehe davon aus, dass solche zurzeit nicht mehrheitsfähig sind. Die Lösung, die wir zurzeit haben, ist immer noch besser als die weltfremde Planung. Ich bitte Sie, Baukredit und Rückweisungsanträge abzulehnen.

Michael Steiner (GFL) für die Fraktion EVP/GFL: Bisweilen nehmen Projekte einen ganz anderen Verlauf, als ursprünglich vorgesehen war. Dieses Projekt entstand aus Sicherheitsüberlegungen heraus. Die Sicherheit wird aber nicht oder nur minim verbessert. Dafür aber hätte das Projekt zwei ganz andere positive Aspekte. Es stellte durch die Buhne eine ökologische Aufwertung dar (sehen Sie sich an der Aare mal an, was eine Buhne alles bewirkt), und es wäre eine touristische Aufwertung, denn die Aare ist dort sehr stark kanalisiert.

Wollen wir an dieser Stelle mit dieser Treppe eine ökologische und touristische Aufwertung oder nicht? Es wäre „nice to have“. Die GFL/EVP-Fraktion ist zum Schluss gekommen: Für diesen Betrag möchten wir es nicht. Es ist uns schlicht zu teuer. Lieber investieren wir dieses Geld in Bildung, in das Gemeinwesen oder in Unterstützung für Syrien.

Zum Rückweisungsantrag der FDP: Meine wenigen Haare sind mir zu Berge gestanden, als ich diesen Antrag vor der Sitzung gesehen habe. Ich musste schmunzeln: Liebe FDP, lassen Sie sich doch von einem Ingenieur beraten! Für 100'000 Franken baut man in der Aare nichts, allenfalls eine Holzterrasse, die beim nächsten Hochwasser weggeschwemmt wird. Liebe FDP: Entweder wir machen etwas Richtiges, oder wir lassen es bleiben. Daher lehnen wir beide Rückweisungsanträge und das Geschäft ab.

Stéphanie Penher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Aare ist bei Bernerinnen und Bernern beliebt und ist schon fast ein Kulturgut. Sie wird besungen und von Bern Tourismus international beworben. Die Aare ist aber nach wie vor ein fliessendes Gewässer. Obwohl ich als Kind mal gelernt habe, dass man nicht in ein fliessendes Gewässer baden geht, gehe auch ich häufig und gerne in der Aare baden. Deswegen war ich besorgt, als ich von diesem Unfall hörte. Was uns aber heute Abend präsentiert wird, ist keine Lösung. Schliesslich kann man nach wie vor im Eichholz einsteigen und unter dem Steg durchschwimmen, und schliesslich bleibt der Einstieg oberhalb der Brücke aus denkmalpflegerischen Gründen bestehen. Insofern ist die Lösung schon fast gefährlich, denn man könnte sich in falscher Sicherheit wiegen. Die FDP geht baden, möchte aber zuvor nicht duschen. Das ist ihr Wahlkampf. Zur BDP/CVP: Wir haben in der Kommission lange diskutiert, der Referent hat sich fast souverän aus der Sache rausgewunden.

Heute Abend steht ein Kredit von einer halben Million zur Debatte, um etwas zu verhindern, das auch nach der Ausgabe dieser halben Million noch passieren kann – in Muri, im Eichholz, im Marzili, am Altenberg, in der Lorraine, in Bremgarten usw. Was wollen wir denn? Wollen wir die Aare einzäunen? Wollen wir das Bootfahren verbieten, weil Schwimmerinnen und Schwimmer von einem Paddel getroffen werden könnten? Wollen wir in Hallen- und Freibädern die Sprungbretter entfernen? Die GB/JA!-Fraktion hat über diesen Kredit diskutiert. Wir werden uns mehrheitlich dagegen aussprechen. Dafür aussprechen könnten wir uns, weil die

Attraktivität der Aare für die Berner Bevölkerung mit einem neuen Einstieg gesteigert werden könnte. Ist er aber eine halbe Million wert?

David Stampfli (SP) für die Fraktion SP: Die SP-Fraktion lehnt den neuen Aare-Einstieg grossmehrheitlich ab. Dies aus drei Gründen:

Erstens: Der geplante Aare-Einstieg erhöht die Sicherheit nicht. Das wurde inzwischen mehrmals erklärt: Für die Schwimmer, die vom Eichholz her kommen, ändert sich überhaupt nichts. Auch das erwähnte Unfallopfer kam übrigens vom Eichholz, und nicht vom heutigen Aare-Einstieg oberhalb des Schönaustegs. Wer lieber nicht dort einsteigen möchte, kann dies schon heute problemlos vermeiden: Unterhalb des Schönaustegs, entlang der Sportanlage Schönau, hat es drei einzelne Aare-Einstiege. Zugegeben nicht besonders attraktive, aber vielleicht könnte man sie ein wenig ausbauen. Wenn die Stadt dafür Geld ausgeben will – wieso nicht?

Zweitens: Die Stadt Bern ist nicht verantwortlich für den tragischen Unfall. Das ist einzig und allein der rücksichtslose Springer. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, etwas zu verändern. Es bestünde sogar die Gefahr, dass nach dem nächsten Unfall an anderer Stelle weitere Forderungen auf die Stadt zukommen würden. Vielleicht würde es irgendwann heissen, man müsse die Aare einzäunen – das wollen wir ganz sicher nicht. Die Stadt muss hart bleiben und darf sich nicht unter Druck setzen lassen.

Drittens: Der geplante Aare-Einstieg kostet fast eine halbe Million Franken. Gerade im Hinblick darauf, dass die Stadt finanziell nicht unbedingt rosigen Zeiten entgegenblickt, ist dies viel Geld, erst recht, wenn wir bedenken, dass der neue Einstieg sicherheitstechnisch nichts bringt und dazu ein komplett falsches Signal setzen würde.

Das Schwimmen in der Aare ist etwas vom Schönsten in Bern. Aber die Aare ist eben auch ein offenes Gewässer. Hier gilt erhöhte Vorsicht und vor allem Rücksichtnahme gegenüber anderen. Dies erst recht, wenn man – wie beim Schönausteg – irgendwo runterspringt. Die Kampagne „Aare you safe?“ ging denn auch in die richtige Richtung. Wir erwarten deshalb, dass die gute Sensibilisierungsmassnahme weitergeführt wird, damit die Leute merken, dass es hier gefährlich ist und sie aufpassen müssen. Im Gegensatz zum geplanten Aare-Einstieg nützt die Kampagne etwas und kostet weniger. Die SP-Fraktion lehnt das Geschäft grossmehrheitlich ab. Wir werden auch die beiden Anträge der FDP und BDP ablehnen. Zum FDP-Antrag: Wir sehen nicht, wie man mit 100'000 Franken einen Einstieg bauen könnte. Wenn schon, dann kann der Gemeinderat auf eigene Faust mit 100'000 Franken die bestehenden Aare-Treppen attraktivieren. Beim BDP-Antrag gilt Ähnliches: Der Gemeinderat kann die bestehenden Aare-Einstiege auf eigene Faust besser gestalten, dafür braucht es keine Vorlage.

Daniel Imthurn (GLP) für die Fraktion GLP: Ich möchte drei Punkte ergänzen. Zunächst zur Frage der Gefahren-Vermeidung: Ich habe beschrieben, wie die Kommission aus baulicher Sicht geurteilt hat. Wir von der GLP schliessen uns dem voll an. Es geht um Selbstverantwortung. Jeder von uns weiss: Es kann gefährlich sein. Mit der neuen Treppe kann man diese Gefahr nur sehr wenig vermindern. Dazu ist der Aufwand viel zu gross.

Zum Ökologischen: Der Sprecher der GFL hat darauf hingewiesen, dass eine ökologische Aufwertung erreicht werden könnte. Es geht hier aber nicht um eine ökologische Aufwertung, sondern um einen Aare-Einstieg. Man könnte das Geld auch in diesem Bereich geschickter investieren.

Zu den Finanzen: Die beiden Rückweisungsanträge von FDP und BDP möchten immer noch Geld ausgeben. Aber: Es gibt vom Schönausteg abwärts bereits jetzt drei Einstiege, und wie wir gehört haben, soll noch eine Dusche hinzu kommen. Alles, was jetzt noch zusätzlich gebaut werden soll, ist Luxus, den wir uns angesichts der knappen Finanzen nicht leisten können. Wir brauchen das Geld besser an anderem Ort.

Einzelvoten

Benno Frauchiger (SP): Nachdem ich den Fraktionserklärungen zugehört habe, ist mir klar, dass ich mir heute wohl keine Freunde machen werde. Ich bin wohl der Einzige, der dieses Geschäft unterstützen will.

Es wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, wie teuer das Geschäft sei. Es stimmt: 440'000 Franken ist viel Geld. Wenn wir aber etwas Gutes bauen wollen und der Aare-Einstieg uns auch in 40 Jahren noch Freude bereiten soll, müssen wir Geld in die Hand nehmen, dann gibt es keine Billig-Variante. Ich möchte aber die Kosten relativieren: Wir sprechen von einer Investition über 40 Jahre. Das bedeutet Abschreibungen von 11'000 Franken pro Jahr, hinzu kommen 1000 Franken Betriebs- und Unterhaltskosten für die Dusche. Es geht also insgesamt um 12'000 Franken pro Jahr, pro Einwohner der Stadt also nicht mal 10 Rappen.

Im Budget 2014 haben wir diskussionslos einen Nettoaufwand für Hallen- und Freibäder von 10,5 Millionen für das Jahr 2014 bewilligt. Für die künstliche Schwimm-Infrastruktur in der Stadt Bern zahlen wir pro Einwohner und Jahr also rund 90 Franken. In diesem Zusammenhang darf man sich ruhig die Frage stellen, welchen Platz das Aareschwimmen in der Berner Schwimmkultur haben und wie viel es uns kosten darf. Ich bin der Auffassung, das Aareschwimmen müsse in der Berner Schwimmkultur einen wichtigen Platz haben. Entsprechend müssen wir in der Lage sein, diese 10 Rappen für einen neuen, attraktiven und sicheren Aare-Einstieg in den 90 Franken irgendwo unterzubringen, die wir jährlich netto pro Einwohner für ein attraktives Schwimangebot in der Stadt Bern ausgeben. 12'000 Franken Jahreskosten sind nicht zu viel für das Highlight der Berner Schwimmkultur, für einen Zugang zur beliebtesten Sportanlage der Stadt Bern.

Ein paar Worte zum Thema Sicherheit: Das Aare-Schwimmen ist und bleibt gefährlich, es kommt immer wieder zu Unfällen, leider auch zu tödlichen. Das kann man auch mit einem neuen Aare-Einstieg nicht verhindern – es sei denn, man verbietet das Aareschwimmen ganz. Das wollen wir aber nicht. Wir möchten die Gefahrensituation entschärfen, indem wir freiwillige Alternativen bieten, die so gestaltet sind, dass weniger Leute unter dem Schönausteg durchschwimmen. Die Wahrscheinlichkeit, dass jemand von einem Springer getroffen wird, ist direkt abhängig von der Anzahl Schwimmer, die unter der Brücke durchschwimmen – egal, woher sie kommen. Es ist unsere Verantwortung, die Wahrscheinlichkeit für einen Unfall so gut wie möglich zu reduzieren, und zwar ohne Einschränkungen und Verbote, aber mit einer freiwilligen Alternative und einem Appell an die Eigenverantwortung.

Von einem Vorredner wurde bereits gesagt: Das Aareufer ist beim Marzili etwa so natürlich wie der BärenPark. Es ist vom Menschen gestaltet. Leider haben unsere Vorfahren, als sie das Aareufer gestaltet haben, nicht damit gerechnet, dass irgendwann Tausende von Bernern jedes Jahr die Aare runterschwimmen möchten. Sonst hätten sie ein Treppenufer gebaut, wie wir es etwa von Basel kennen. Ein Eingriff in das Aareufer wäre insofern sogar eine ökologische Aufwertung. An anderen Orten in der Schweiz werden Bühnen, wie sie beim Aare-Einstieg geplant sind, gebaut, um neue ökologische Nischen zu schaffen; man sagt dem „Renaturierung“. Baut man aber gleichzeitig eine Treppe, damit auch der Mensch etwas davon hat, möchte plötzlich niemand mehr etwas davon wissen. Das ist seltsam.

Ich werde den neuen, attraktiven Aare-Einstieg mit Überzeugung unterstützen, weil dadurch das Sicherheitsproblem beim Schönausteg entschärft werden kann, weil mit den Bühnen die Uferlandschaft ökologisch aufgewertet wird, weil der Zugang zur beliebtesten Wassersportanlage Berns verbessert wird und weil die Kosten durchaus vertretbar sind. Den Kürzungsantrag der FDP lehne ich selbstverständlich ab. Wenn wir etwas wollen, dann machen wir es richtig, oder gar nicht.

Mario Imhof (FDP): Wir sind der Meinung, dass 100'000 Franken reichen. Von diesen 100'000 Franken sind 50'000 Franken schon ausgegeben. Bleiben 50'000. Man braucht sich das nicht von einem Ingenieur rechnen zu lassen, sondern gehe einfach zu einem Stahlbauer und sage ihm, er solle eine verzinkte Treppe bauen. Das kostet dann 30'000 Franken.

Direktorin TVS *Ursula Wyss*: Es wurde viel zur Eigenverantwortung gesagt. Wir wissen alle: Das Aareschwimmen erfolgt auf eigene Gefahr. Das war in Vergangenheit so und wird auch in Zukunft so sein. Die Stadt wird nicht jeden Unfall verhindern können. Wenn wir an die Eigenverantwortung appellieren, müssen wir den Leuten aber die Möglichkeit bieten, diese Eigenverantwortung wahrzunehmen. Die Situation heute ist die: Der attraktivste Aare-Einstieg befindet sich beim Schönausteg, also ausgerechnet oberhalb der Brücke. Das ist nicht ideal, denn die Sicht zwischen dem Einstieg und der Brücke ist schlecht. Und die Familie, bei welcher 2012 der bekannte Unfall passiert ist, ist eben bei dieser Treppe eingestiegen.

Im Nachgang zu diesem Unfall wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in welcher Experten der Sanitätspolizei, der Lebensrettungsgesellschaft, Vertreter des Marzilibads, der Kantonspolizei und von Bern Tourismus Einsitz nahmen. Diese Arbeitsgruppe vertritt nach intensivem Studium insbesondere des Hotspots Schönausteg die Position, dass die Sicherheit nur mit einem attraktiven Aare-Einstieg, den die Mehrheit der Leute auch tatsächlich benutzt, gesteigert werden kann. Wir haben eine gewisse Verantwortung dafür, dass die Leute ihre Eigenverantwortung wahrnehmen können. Mit der Vorlage, die Ihnen der Gemeinderat heute vorlegt, setzen wir das Anliegen der Experten-Arbeitsgruppe um und schlagen ihnen diesen Aare-Einstieg vor.

Es handelt sich hier keineswegs um ein Rundum-care-Paket der Stadt. Wir wollen, dass die Eigenverantwortung, an die wir appellieren, mit unserer Infrastruktur auch gelebt werden kann, und zwar sowohl von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Bern als auch von unseren Gästen, die vom attraktiven Angebot des Aareschwimmens profitieren wollen.

Zu den Rückweisungsanträgen: Sie wurden im Gemeinderat nicht behandelt, weshalb ich hier keine Gemeinderatsposition wiedergeben kann. Wenn Sie wirklich einen Aare-Einstieg wollen, dann legen Sie doch Rückweisungsanträge vor, die realistische Vorgaben machen. 100'000 Franken für einen Bau am Aareufer ist keine realistische Vorgabe. Wer einen neuen Einstieg will, soll das Geschäft also mit einem realistischen Ordnungsantrag rückweisen. Die anderen sollen so ehrlich sein und das Geschäft ablehnen.

Beschlüsse

1. Der Rückweisungsantrag FDP unterliegt in der Gegenüberstellung dem Rückweisungsantrag BDP/CVP (19 Ja, 34 Nein, 20 Enthaltungen). *Abst.Nr. 017*
2. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag BDP/CVP ab (13 Ja, 58 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 018*
3. Der Stadtrat lehnt die Bewilligung eines Gesamtkredits von Fr. 440'000.00 zulasten der Investitionsrechnung Konto I5100294 (KST 510110) für die Ausführung des Projekts „Aare Schönau: Neuer AareEinstieg“ ab (7 Ja, 58 Nein, 9 Enthaltungen). *Abst.Nr. 019*

Es wurden alle Traktanden zu Ende beraten.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher, GB): Welche Auswirkungen hat die 4. Ausbautetappe des Flughafen Bern-Belp auf den Lärm?
2. Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB-DA): Flughafen ausbau dank Hilfe der Stadt?
3. Motion Fraktion SP (Benno Frauchiger/Gisela Vollmer, SP): Entflechtung der Verkehrsströme im oberen Hirschengraben
4. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Vollständige Ablieferung der Entschädigung aus Nebentätigkeiten auch für den Gemeinderat der Stadt Bern: Anpassung des Reglements über den Lohn, die Nebenbeschäftigungen und die Parlamentstätigkeit der Mitglieder des Gemeinderats (Entschädigungsreglement; RLNP; SSSB 152.12)
5. Postulat Fraktion SVP (Roland Jakob, SVP): Integration in den Berner Volksschulen: Nicht nur vorgaukeln, sondern umsetzen!
6. Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Manfred Blaser, SVP): Miteinander statt Gegeneinander im Verkehrsbereich! Endlich auch Verbesserungen für den motorisierten Individualverkehr in der Stadt Bern durch Ausbau von Verkehrsachsen, Einführung der grünen Welle und Schaffung von mehr Parkplätzen!
7. Interpellation Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Wie hoch sind die Entschädigungen für Nebenbeschäftigungen in der Stadt Bern?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 18.40 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident 2013: *Rudolf Friedli*

Die Präsidentin 2014: *Tania Espinoza Haller*

Der Protokollführer: *Markus Schütz*